

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1023
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 23.03.2010

N i e d e r s c h r i f t

der 33. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr
am Dienstag, dem 09.03.2010,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Stadthaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:32 - 22:35 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Dorothe Küster **Ausschussvorsitzende**
Frau Karen-Heide Bernard
Herr Dr. Johannes Dittrich
Herr Michael Oswald
Frau Ute Wernert-Jahn

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Eva Janzen
Herr Christopher Nübel (in Vertretung für Stv. Walldorf)
Frau Renate Schlotmann
Herr Peter Sommer (in Vertretung für Stv. Bellof)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe (in Vertretung für Stv. Dr. Deetjen)
Frau Dr. Bettina Speiser

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Martin Preiß

Außerdem:

Herr Michael Janitzki Die Linke.Fraktion
Herr Heiner Geißler FW-Fraktion
Frau Elke Koch-Michel Bürgerliste Gießen

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz	Oberbürgermeisterin
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Herr Thomas Rausch	Stadtrat

Von der Verwaltung:

Herr Hans Dettling	Leiter Stadtplanungsamt	(bis 20:40 Uhr)
Herr Horst-Friedhelm Skib	Leiter Vermessungsamt	
Herr Peter Ravizza	Tiefbauamt	(bis 21:47 Uhr)
Herr Michael Keller	Tiefbauamt	(bis 21:47 Uhr)

Vom Ausländerbeirat:

Herr Ismet Lozic	(bis 21:10 Uhr)
------------------	-----------------

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Büroleiter
Frau Simone Benz	Schriefführerin

Gäste/Sachverständige:

Herr Kühnlein	Fa. Schneider & Partner
---------------	-------------------------

Entschuldigt:

Herr Wolfgang Bellof	SPD-Fraktion
Herr Andreas Walldorf	SPD-Fraktion
Herr Dr. Wolfgang Deetjen	Fraktion B'90/Die Grünen

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Bebauungsplan GI 03/07 "Dulles-Siedlung", 1. Änderung;
hier: Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 19.02.2010 - STV/2927/2010

3. Bebauungsplan GI 03/07 "Dulles-Siedlung", 2. Änderung;
hier: Einleitung eines Planänderungsverfahrens
- Antrag des Magistrats vom 10.02.2010 - STV/2910/2010
4. Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. AL 10/01 "Kleebachstraße";
hier: Entwurfsbeschluss, Durchführung der Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 19.02.2010 - STV/2928/2010
5. Bebauungsplan GI 01/30 "An der Alten Post 2";
hier: Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 19.02.2010 - STV/2929/2010
6. Projektgenehmigung für die Erneuerung der Konrad Adenauer-Brücke mit Ausbau auf 4 Fahrspuren und Ausbau der Landesstraße 3020 (Heuchelheimer Straße) zwischen Knotenpunkt Gabelsbergerstraße und dem vierspurigen Ausbauquerschnitt im Bereich der Anschlussstelle B 429
- Antrag des Magistrats vom 22.02.2010 - STV/2931/2010
7. Sportplatz an der Ringallee
- Antrag der Bürgerliste Gießen vom 08.02.2010 - STV/2922/2010
8. Sanierungen/Erneuerungen von Straßen für die Landesgartenschau
- Antrag der FW-Fraktion vom 18.02.2010 - STV/2925/2010
9. Konzept/Masterplan für den neuen Stadtteil Marshall und Dulles Siedlung
- Antrag der FW-Fraktion vom 01.03.2010 - STV/2943/2010
10. Berichts Antrag zu den Zielen der Stadtwerke in der Energiepolitik
- Antrag der SPD-Fraktion vom 01.03.2010 - STV/2944/2010
11. Erstellung eines Leerrohrkatasters
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 02.03.2010 - STV/2946/2010

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 12. | Stellplatzbedarf im "Südviertel"
- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 05.02.2010 - | STV/2948/2010 |
| 13. | Alternativstandort für Sportplatz Blau-Weiß
- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 01.03.2010 - | STV/2949/2010 |
| 14. | Berichtsantrag zur geplanten Sanierung der
Philosophenstraße
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 01.03.2010 - | STV/2951/2010 |
| 15. | Offenlegung der Kosten für die Landesgartenschau
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 01.03.2010 - | STV/2952/2010 |
| 16. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Bebauungsplan GI 03/07 "Dulles-Siedlung", 1. Änderung; STV/2927/2010 hier: Abwägung und Satzungsbeschluss - Antrag des Magistrats vom 19.02.2010 -

Antrag:

- „1. Die im Rahmen der eingeschränkten Beteiligung zum Planentwurf nach § 13 Abs. 2 Nr. 2+3 Baugesetzbuch (BauGB) vorgebrachten Anregungen wurden gemäß §§ 1 Abs.5, 6 und 7 sowie 1a BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfergebnis wird beschlossen.
2. Der Bebauungsplan (Anlage 2) wird mit gegenüber dem Einleitungsbeschluss reduziertem Plangeltungsbereich und seinen zeichnerischen Festsetzungen sowie Hinweisen gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wird beschlossen.
3. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.“

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz bittet, aufgrund der sich durch den Bau des Funktionsgebäude ergebenden Investitionsnotwendigkeiten in Höhe von ca. 300 000 €, der sich durch Lärmschutzaufgaben ergebenden Nutzungseinschränkungen und vor allem auch wegen der wegfallenden Nutzungsoption durch Blau-Weiß Gießen, den Bau des Sportplatzes noch einmal kritisch zu überdenken.

Hochgerechnet auf 30 Jahre müsse die Stadt durch die Sportanlage mit Folgekosten in Höhe von 2,4 Millionen Euro rechnen.

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, bittet, die in den weiteren Ausführungen von Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz gemachten Aussagen zur Kostenberechnung den Fraktionen schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Dies wird von Frau Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz zugesagt.

Stv. Koch-Michel, BLG, vertritt die Auffassung, die Vorlage könne heute nur ohne den Sportplatz an der Miller-Hall beschlossen werden

Stv. Wernert-Jahn, CDU-Fraktion, fordert Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz auf, die Höhe der Schadensersatzforderungen im Falle eines Ausstiegs aus dem Projekt zu benennen.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz sagt zu, diese Zahlen nachzureichen.

Stv. Janzen, SPD-Fraktion, beantragt, die Vorlage bis zur Stadtverordnetenversammlung zurückzustellen, um diese Zahlen prüfen zu können.

Dies wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP, Ja: SPD/LINKE)

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, stellt den Antrag, der Magistrat möge bis zur Stadtverordnetensitzung eine Stellplatzbilanz vorlegen.

Dies wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/SPD/GR/FDP, Ja: LINKE)

Beratungsergebnis:

Der Vorlage STV/2927/2010 wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: 1 SPD/LINKE; StE: 3 SPD).

**3. Bebauungsplan GI 03/07 "Dulles-Siedlung", 2. Änderung; STV/2910/2010
hier: Einleitung eines Planänderungsverfahrens
- Antrag des Magistrats vom 10.02.2010 -**

Antrag:

- „1. Für den in der Anlage 1 gekennzeichneten Geltungsbereich für das Teilgebiet des rechtswirksamen Bebauungsplanes GI 03/07 „Dulles-Siedlung“ mit festgesetzten Gemeinbedarfs-, Grün- und Verkehrsflächen wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Einleitung des Verfahrens zur 2. Änderung des Bebauungsplanes beschlossen.
2. Das Bebauungsplanverfahren wird gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.
3. Der Änderungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 13a Abs. 3 Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen und durchzuführen.“

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, führt aus, die Festlegung der Planungsziele stehe nur in der Antragsbegründung und nicht im eigentlichen Antrag. Vor dem Hintergrund, dass die Begründung nicht Bestandteil des Beschlusses sei, frage er den Magistrat, ob dies formal richtig sei.

Stadtrat Rausch erklärt, dass dieses Verfahren grundsätzlich richtig sei. Es handele sich hier um die Einleitung eines Planänderungsverfahrens.

Stv. Janitzki beantragt, auf Seite 3 der Vorlage

*.....für die Miller-Hall mit bis zu **100** Stellplätzen auf externe Grundstücks- oder Verkehrsfläche*

zu ändern in:

*.....für die Miller-Hall mit bis zu **120** Stellplätzen auf externe Grundstücks- oder Verkehrsfläche*

Dies wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE).

Stv. Janitzki beantragt weiterhin, sowohl für die Vorlage STV/2927/2010, als auch für die Vorlage STV/2910/2010, eine Stellplatzbilanz vorzulegen.

Dies wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: LINKE; StE: SPD).

Beratungsergebnis:

Der Vorlage STV/2910/2010 wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; Nein: LINKE).

4. Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. AL 10/01 STV/2928/2010
"Kleebachstraße";
hier: Entwurfsbeschluss, Durchführung der Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 19.02.2010 -

Antrag:

- „1. Der Bebauungsplan Nr. AL 10/01 „Kleebachstraße“ mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung mit Umweltbericht sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplanentwurf integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen nach § 81 Hessische Bauordnung werden als Entwurf beschlossen.
2. Auf der Grundlage dieses Beschlusses sind die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.“

Stv. Koch-Michel, BLG, erkundigt sich, wie sich der Bedarf begründet.

Stadtrat Rausch erklärt, in Allendorf selbst gebe es keine Nachfrage. Im gesamten Stadtgebiet sei jedoch durchaus Bedarf an Kleingartengrundstücken gegeben.

Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion, möchte wissen, ob sich das Angebot an diejenigen richte, die im Zuge der Landesgartenschau ihr Grundstück umgestalten müssten und ob es eine Bezuschussung durch die Stadt bei einer notwendigen Umgestaltung geben solle.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich führt aus, es gebe noch keine Überlegungen in diese Richtung. Sie möchte daran erinnern, dass es der Wunsch, gerade auch der Die Linke.Fraktion, gewesen sei, die Lahn zugänglich zu erhalten. Es solle keine Zwangsräumungen geben, sondern optionale Angebote.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

5. Bebauungsplan GI 01/30 "An der Alten Post 2"; STV/2929/2010
hier: Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 19.02.2010 -

Antrag:

- „1. Die von den Bürgerinnen und Bürgern nach den §§ 3 Abs. 2 und 4a Baugesetzbuch (BauGB) sowie von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach dem § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB im Rahmen der Entwurfs-Offenlegung vorgebrachten Anregungen wurden gemäß §§ 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1a

BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfungsergebnis wird beschlossen.

2. Der Bebauungsplan wird mit seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung wird beschlossen.
3. Die Bauordnungsrechtlichen Gestaltungsvorschriften (Teil B der textlichen Festsetzungen) werden gemäß § 81 Hessische Bauordnung als Satzung beschlossen und in Verbindung mit § 9 Abs.4 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen.
4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.“

Stv. Dr. Dittrich, CDU-Fraktion, begrüßt ausdrücklich, dass an dieser städtebaulich relevanten Stelle etwas geschehen solle.

Auf Nachfrage des **Stv. Beltz**, Die Linke.Fraktion, berichtet **Stadtrat Rausch** das sich Gespräche mit dem Grundstückseigentümer in der Vergangenheit nicht als zielführend erwiesen haben. Es gab bisher bereits für die beiden Problemgrundstücke dieses Eigentümers 2 Bebauungspläne im Entwurfsstadium bzw. im Verfahren, die wieder aufgegeben werden mussten, da der Eigentümer plötzlich das Interesse verloren hatte.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt. (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: LINKE).

6. **Projektgenehmigung für die Erneuerung der Konrad Adenauer-Brücke mit Ausbau auf 4 Fahrspuren und Ausbau der Landesstraße 3020 (Heuchelheimer Straße) zwischen Knotenpunkt Gabelsbergerstraße und dem vierspurigen Ausbauquerschnitt im Bereich der Anschlussstelle B 429** **STV/2931/2010**
- Antrag des Magistrats vom 22.02.2010 -
-

Antrag:

- „1. Die Konrad-Adenauer-Brücke wird im Zuge der Erneuerung der bestehenden Brücke und durch Neubau eines weiteren Brückenbauwerkes von 2 auf 4 Fahrspuren verbreitert. Die beiderseits anschließende Landesstraße 3020 Heuchelheimer Straße wird ab Knotenpunkt Gabelsbergerstraße bis zum vorhandenen vierspurigen Bereich der Anschlussstelle B 429 baulich angepasst, verbreitert und auf der Nordseite mit separaten Radverkehrsanlagen ausgestattet. Auf der Südseite bleibt der Dienstweg erhalten.
2. Sämtliche in der Anlage aufgeführten Planungsvarianten werden im Bauausschuss

ausführlich vorgestellt.

3. Sollten die Fördermittel 75 % unterschreiten, wird der Magistrat hierüber unverzüglich informiert und unter neuer Berechnungsgrundlage mit der Beschlussfassung über das Projekt neu befasst.“

Herr Ravizza und **Herr Keller**, Tiefbauamt, verdeutlichen anhand einer Power-Point Präsentation den maroden Zustand der Konrad-Adenauer-Brücke.

Stadtrat Rausch führt aus, dass die vom Magistrat favorisierte 4-spurige Variante die wirtschaftlichste sei. Bei einer 2-Spurigkeit werde die Verkehrssituation im Bereich Westanlage/Heuchelheimer Str. nicht verbessert und daher erhalte man auch weniger Zuschüsse. Ein weiteres Argument gegen den 2-spurigen Ausbau sei, man müsse für die Dauer der Bauzeit eine Behelfsbrücke errichten, was sehr hohe Kosten verursache.

Stv. Nübel, SPD-Fraktion erkundigt sich, ob es Vergleichszahlen für die Kosten eines 2- oder 3-spurigen Ausbaus gebe.

Stadtrat Rausch erklärt, diese Berechnung gebe es bereits. Er bedauere das diese dem Ausschuss nicht vorgelegt wurden. Er sagt zu, die Zahlen bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nachzureichen

Auf Nachfrage von **Stv. Koch-Michel**, BLG, führt **Herr Ravizza** aus, dass der gesamte Bereich der Gabelsberger Straße, vom Knotenpunkt Dammstraße bis Knotenpunkt Westanlage, straßenbeitragsfähig sei. Hintergrund sei, dass es sich hier um eine Landesstraße handele, d. h. der größte Anteil des Verkehrs sei überörtlicher Verkehr und laut Straßenbeitragssatzung gebe es die entsprechende Festlegung der Anteile auf 25%.

Stv. Koch-Michel, BLG, beantragt die folgenden Ausführungen wörtlich zu protokollieren:

Stv. Koch-Michel: *„Ist es so, dass es bei 2 oder 3 Spurigkeit keine Fördermittel vom Land geben kann, weil Sie eben gesagt haben, die Berechnung bezieht sich auf die 4 Spurigkeit.“*

Herr Ravizza: *„Also, das Land bezuschusst bevorzugt dann, wenn Erneuerungen oder Verbesserungen auch noch weitergehende Bedürfnisse befriedigen. Wir haben hier ja auch das Problem, dass wir verkehrliche Probleme haben. Wir bekommen ja auch für den Straßenbau entsprechende Fördermittel, das verdeutlicht ja auch, dass dem Land letztendlich daran gelegen ist, diese verkehrlichen Missstände zu beseitigen. Wenn wir nur mit dem halben Paket antreten und das verkehrliche Problem hier nicht lösen, wird auch der Zuschussgeber uns entsprechend bewerten und dann ist sicherlich nicht diese Bezuschussung möglich, von der wir jetzt ausgehen.“*

Stv. Janitzki, Die Linke-Fraktion, fragt nach, wie es sein könne, dass von einer 75%igen Bezuschussung gesprochen werde, er beim Vergleichen der geschätzten Gesamtkosten und der beantragten Fördermittel aber auf ein anderes Ergebnis komme.

Herr Ravizza erklärt, dies begründe sich darin, dass nicht alle Punkte der Gesamtkostenschätzung förderungsfähig seien. Die 75% beziehen sich auf die bezuschussungsfähigen Kosten. Gerechnet werden könne mit Zuschüssen in Höhe von ca. 5,9 Millionen Euro.

An der weiteren ausführlichen Aussprache beteiligen sich die Stv. Schlotmann, Nübel, Janitzki, Beltz, Geißler und Dr. Dittrich.

Stv. Schlotmann, SPD-Fraktion, beantragt, der Magistrat solle bis zur Stadtverordnetensitzung jeweils eine Kostenberechnung für einen 2- oder 3-spurigen Ausbau vorlegen. Über die Vorlage solle heute keine Abstimmung erfolgen.

Dies wird mehrheitlich abgelehnt. (Ja: SPD/LINKE, Nein: CDU/GR/FDP)

Stv. Schlotmann beantragt weiterhin, unter Punkt 3. der Vorlage
„....., wird **der Magistrat** hierüber unverzüglich....“
in „....., wird **die Stadtverordnetenversammlung** hierüber unverzüglich....“
zu ändern.

Dies wird mehrheitlich abgelehnt (Ja: SPD/LINKE; Nein: CDU/GR/FDP).

Beratungsergebnis:

Der Vorlage STV/2931/2010 wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD; StE: LINKE).

Die Tagesordnungspunkte 7 und 13 werden zur gemeinsamen Beratung aufgerufen.

7. Sportplatz an der Ringallee STV/2922/2010 - Antrag der Bürgerliste Gießen vom 08.02.2010 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen möge beschließen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert sicherzustellen, dass der Sportplatz Ringallee von den Planungen zur Landesgartenschau, ausgenommen wird. Alternativen sind zu

- prüfen und den dazu gegebenen Örtlichkeiten anzupassen.
2. Der Magistrat sichert dem Verein Blau-Weiß verbindlich dazu, dass der Sportplatz an der Ringallee weiterhin uneingeschränkt zur Verfügung gestellt wird.
 3. Alternativ wird dem Verein zugesichert, dass er im näheren Wohnumfeld (im Bereich der Ringallee) einen geeigneten, dauerhaft zur Verfügung gestellten Platz und adäquate Aufenthaltsmöglichkeiten, erhält. Dieser sollte rechtzeitig vor Beginn der Ausführungen der Bautätigkeiten zur Landesgartenschau zur Verfügung stehen.
 4. Der Magistrat wird gebeten, umgehend Gespräche mit allen Nutzern der Sportanlagen in der Wieseckau aufzunehmen. Das Ergebnis des Gespräches soll der Stadtverordnetenversammlung vor einer endgültigen Entscheidung zur Landesgartenschau, mitgeteilt werden.“

Stv. Koch-Michel ändert ihren Antrag **wie folgt:**

„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen:

1. *ob der Sportplatz Ringallee von den Planungen zur Landesgartenschau, ausgenommen werden kann. Alternativen sind zu prüfen und den dazu gegebenen Örtlichkeiten anzupassen.*
2. *Der Magistrat sichert dem Verein Blau-Weiß nach Abschluss der Prüfung verbindlich dazu, dass der Sportplatz an der Ringallee weiterhin uneingeschränkt zur Verfügung gestellt wird.*
3. *Alternativ wird dem Verein zugesichert, dass er im näheren Wohnumfeld (im Bereich der Ringallee) einen geeigneten, dauerhaft zur Verfügung gestellten Platz und adäquate Aufenthaltsmöglichkeiten, erhält. Dieser sollte rechtzeitig vor Beginn der Ausführungen der Bautätigkeiten zur Landesgartenschau zur Verfügung stehen.*
4. *Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und sich dafür einzusetzen, dass die Fördermittel aus dem Konjunkturprogramm von Land und Bund in Höhe von 630.000€ (derzeitige Verwendung für die Sportanlage an der Grünbergerstraße) für einen Platz innerhalb im Bereich der Ringallee für Blau-Weiß verwendet werden können.*
5. *Die Ergebnisse der Prüfung sollten rechtzeitig vor Beginn der Beratungen der Stadtverordnetensitzung im Mai vorgelegt werden.“*

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz erklärt, sie begrüße sowohl den Antrag der Bürgerliste, als auch den Antrag der Koalition zum gleichen Thema.

Stv. Koch-Michel bittet, die einzelnen Punkte des Antrages getrennt abzustimmen.

Beratungsergebnis:

- Pkt. 1. wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
Pkt. 2. wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE).
Pkt. 3. wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE).
Pkt. 4. wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).
Pkt. 5. wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE).

8. Sanierungen/Erneuerungen von Straßen für die Landesgartenschau **STV/2925/2010**
- Antrag der FW-Fraktion vom 18.02.2010 -

Antrag:

- „1. Der Magistrat der Stadt Gießen möge ein berichten, welche Straßen und Gehwege im Hinblick auf die Landesgartenschau saniert werden müssen.
2. Bei welcher dieser Sanierungen ist für die Anwohner mit Belastungen gemäß der Straßenbeitragssatzung voraussichtlich zu rechnen?“

Stv. Geißler, FW-Fraktion, begründet den Antrag.

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

9. Konzept/Masterplan für den neuen Stadtteil Marshall und Dulles Siedlung **STV/2943/2010**
- Antrag der FW-Fraktion vom 01.03.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen möge ein Konzept/Master Plan bezüglich des neuen Gießener Stadtteils im Bereich Marshall/Dulles Siedlung erarbeiten. Insbesondere zu berücksichtigen sind nachfolgende Problemstellungen:

1. Wo gehen die zugezogenen Kinder/Jugendlichen in den Kindergarten/die Schule?
2. Wo kaufen die neu angesiedelten Familien ein? Welches Konzept gibt es zur Nahversorgung?
3. Wie ist die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr geplant?
4. Welche Veränderungen auch in der Kostenstruktur ergeben sich für die Stadt Gießen/das Stadtreinigungs- und Fuhramt in Bezug auf Straßenreinigung und Müllentsorgung?
5. Welche Veränderungen auch in der Kostenstruktur ergeben sich für die Stadt/das Gartenamt auf Grund der vielen Grünflächen und Spielplätze in diesem Gebiet.“

Stv. Dr. Speiser, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vertritt die Auffassung, dass das Erstellen eines Masterplans nicht notwendig sei. Sie schlägt vor, die Vorlage wie folgt zu ändern:

„Der Magistrat der Stadt Gießen möge schriftlich berichten, welche Konzepte und Planungen bezüglich des neuen Gießener Stadtteils im Bereich Marshall/Dulles Siedlung bestehen. Insbesondere zu berücksichtigen sind nachfolgende Problemstellungen:“

Stv. Geißler, FW-Fraktion, übernimmt für die antragstellende Fraktion die vorgeschlagene Änderung.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

10. **Berichts Antrag zu den Zielen der Stadtwerke in der Energiepolitik** **STV/2944/2010**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 01.03.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen möge die Stadtwerke Gießen bitten, noch vor den Sommerferien zu berichten, welche Ziele die Stadtwerke Gießen in ihrer Energiepolitik verfolgen und welchen Beitrag sie im Rahmen der Klimaschutzdebatte leisten können und wollen. **Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen:**

- Ist ein Ausbau der Energieberatung geplant?
- Welcher Beitrag zur Energieeinsparung kann durch Contracting- Modelle erbracht werden bzw. wird bereits erbracht?
- Ist ein Ausbau der Eigenstromerzeugung durch den Einsatz regenerativer Energiequellen geplant?
- Gibt es Planungen für den weiteren Bau von Blockheizkraftwerken? Wenn ja, mit welchen Primärenergien sollen sie betrieben werden?
- Gibt es Pläne für den Ausbau des Fernwärmenetzes und für den Einsatz weiterer Primärenergien zur Nutzung des Fernwärmenetzes?
- Kann auf der Stromeinkaufsseite eventuell durch entsprechende Auswahl des Anbieters der Anteil der eingesetzten Energie aus regenerativer Erzeugung gestärkt werden (Beispiel Kassel)?
- Sind Vorhaben geplant, in die Stromerzeugung zu investieren, wie es andere Stadtwerke teilweise gemeinsam im Bereich der Windenergie beabsichtigen?
- Gibt es andere Maßnahmen der Stadtwerke, die diesen Zielen dienen?“

Stv. Grothe, Bündnis 90/Die Grünen, regt an, den Antrag wie folgt zu ändern.

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen möge berichten, welche Ziele er in der Energiepolitik verfolgt und welchen Beitrag er im Rahmen der Klimaschutzdebatte leisten könne und wolle.“

Stv. Schlotmann übernimmt für die SPD-Fraktion diese Änderung.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

11. Erstellung eines Leerrohrkatasters **STV/2946/2010**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 02.03.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, ein Leerrohrkataster für die Stadt Gießen zu erstellen.“

Stv. Dr. Preiß, FDP-Fraktion, begründet den Antrag.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

12. Stellplatzbedarf im "Südviertel" **STV/2948/2010**
- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 05.02.2010 -

Antrag:

„Vor dem Hintergrund zunehmender Parkplatznot im ‚Südviertel‘ wird der Magistrat der Universitätsstadt Gießen gebeten, mittels einer tabellarischen Übersicht über folgende Fragen bis zur Einleitung weiterer Bebauungsplanverfahren der Universität/des Klinikums zu berichten:

1. Wie viele Stellplätze müssten gem. städtischer Stellplatzsatzung für die in der beigefügten tabellarischen Aufstellung (Tab.1) benannten Objekte nachgewiesen sein?
2. Wie viele Stellplätze sind gem. städtischer Stellplatzsatzung für die in der beigefügten tabellarischen Aufstellung benannten Objekte tatsächlich nachgewiesen/geschaffen worden?
3. Wie viele Stellplätze wurden in den Baugenehmigungsverfahren für die in der beigefügten tabellarischen Aufstellung benannten Objekte ggü. der Stadt ursprünglich gem. städtischer Stellplatzsatzung planerisch ausgewiesen worden?
4. In welchem Jahr wurden die in der beigefügten tabellarischen Aufstellung benannten Objekte erbaut und genehmigt und galt zu diesem Zeitpunkt bereits die städtische Stellplatzsatzung?
5. Wie hoch wird nach Stand der Planungen die zusätzliche Stellplatzanzahl für die angekündigten Neubauvorhaben Chemie (Heinr.-Buff-Ring/Leihgesterner Weg) und das Medizinische Forschungszentrum (Aulweg) sein?“

Stv. Grothe, Bündnis 90/Die Grünen, ändert für die antragstellenden Fraktionen den Antrag wie folgt:

In der Begründung wird folgende Absatz eingefügt nach „.....damit sich die Stadtverordnetenversammlung einen Überblick verschaffen kann.“

„Diese Aufstellung, die differenziert zu tatsächlich vorhandenen, geplanten und möglichen (Baugenehmigungen vor Inkrafttreten der städtischen Stellplatzordnung) Stellplätzen Auskunft geben wird, soll als Grundlage für weitere, bereits begonnene Gespräche mit dem Präsidium der Justus-Liebig-Universität zur Lösung der Stallplatz- und Parksituation dienen. Es steht außer Frage, dass der Magistrat der Stadt Gießen alles im Rahmen seiner Zuständigkeit Machbare unternimmt, um Gießen als Hochschulstandort nur zu stärken, sondern auch für Hochschulangehörige und Studierende attraktiv zu machen. Im Wissen um die herausragende Bedeutung der Universität für die Stadt Gießen als Wissenschafts- und auch Wirtschaftsfaktor, als größter Arbeitgeber der Stadt, muss sich aber auch der von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt gewählte Magistrat für die Belange seiner Einwohnerinnen und Einwohner einsetzen. Es darf unterstellt werden, dass die Universität die Probleme und Wünsche der Anwohnerinnen und Anwohner im „Südviertel“ (Klinikumsbereich) kennt und die Stadt Gießen in ihrer Verantwortlichkeit für die Bevölkerung unterstützen möchte.“

Folgender Satz wird wie folgt geändert:

„Die Umsetzung der Planungen müssen **unter Berücksichtigung der Interessen auch der Anwohner umgesetzt werden**, die ihren Lebensmittelpunkt im Südviertel haben und täglich die Auswirkungen **spüren**, die entstanden sind und entstehen, wenn dem erforderlichen Nachweis an Stellplätzen nicht nachgekommen **würde**.“

Die Aufstellung wird ergänzt durch:

Landesbehördenzentrum Schubertstraße

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

**13. Alternativstandort für Sportplatz Blau-Weiß STV/2949/2010
- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 01.03.2010 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung im Mai folgende Möglichkeiten alternativer Standorte für einen städtischen Sportplatz mit der Größenordnung von ca. 1,6 ha in folgenden Stadtbereichen zu prüfen:

- a) Ringallee zw. Gutfleischstr. und Waldbrunnenweg,
- b) entlang der Eichgärtenallee gegenüber der Bebauung
- c) im Bereich der Nordstadt zw. Sudetenlandstraße und Neuer Friedhof
- d) im Bereich Sandfeld
- e) im Bereich Lichtenauerweg/Marburger Str. hinter der Bebauung,
- f) am jetzigen Standort, in der Fläche jedoch verkleinert und um 90 Grad gedreht.

Bei den Suchflächen sollen alle Freiflächen geprüft aber keine bebauten Flächen oder solche mit besonderen Restriktionen vorgeschlagen werden. Auch soll das Baurecht für einen solchen städtischen Sportplatz an der ausgesuchten Fläche zeitgerecht geschaffen werden können. Planerische Schwierigkeiten und evtl. besondere finanzielle

Erfordernisse sind zu benennen.“

Stv. Schlotmann, SPD-Fraktion, schlägt vor, den Antrag folgendermaßen zu ändern:

„Der Magistrat wird gebeten, vor der nächsten Antragsberatung/Sitzungsrunde folgende Möglichkeiten alternativer Standorte für einen städtischen Sportplatz mit der Größenordnung von ca. 1,6 ha in folgenden Stadtgebieten zu prüfen:“

Die vorgeschlagene Änderung wird von den antragstellenden Fraktionen übernommen.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

14. Berichtsantrag zur geplanten Sanierung der Philosophenstraße

STV/2951/2010

- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 01.03.2010 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung hatte am 13.12.2007 den Magistrat beauftragt, die grundhafte Sanierung der sog. Philosophenstraße zwischen Ursulum und Ortseingang Wieseck einzuleiten.

Zuvor sollte geprüft werden, ob und wie in Zusammenhang mit der Sanierung ein Rad- und Fußweg und eine Querungshilfe für Fußgänger geschaffen werden kann. Das Ergebnis dieser Prüfung sollte der Stadtverordnetenversammlung vor Genehmigung der Ausbauplanung, spätestens aber bis zum 30.06.2008 vorgelegt werden.

Abgesehen von einem mündlichen Bericht im Bau-Ausschuss am 16.09.2008 ist bisher weder das Ergebnis der Prüfung der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt noch die Genehmigung der Ausbauplanung eingeholt worden. In der Presse wurde vor zwei Wochen berichtet, dass im nächsten Jahre, also 2011, die Philosophenstraße saniert würde. Vor diesem Hintergrund bitte ich den Magistrat zu berichten:

1. Wie ist der aktuelle Planungsstand?
2. Gibt es hierzu bereits einen Magistratsbeschluss und welchen Inhalt hat er oder ist in absehbarer Zeit einer zu erwarten?
3. Wie sieht die Planung (inklusive voraussichtlicher Kosten) für die Querungshilfe an der Einmündung Martha-Mendel-Weg aus?
4. Wie viel qm Fläche des FFH- bzw. Vogelschutzgebietes werden für den Rad- und Fußweg – einschließlich Regenrinne, seitlicher Befestigung für den neuen Straßenbelag und Querungshilfe – je nach Variante auf der östlichen oder westlichen Seite der Philosophenstraße verbraucht?
5. Entstehen Kosten und in welcher Höhe für den notwendigen Grundstückserwerb für die Anlage des Rad- und Fußwegs?
6. Wurden bereits Gespräche mit den Eigentümern der betreffenden Flächen geführt?

7. Wird es bei der gesamten Maßnahme zu dem Planfeststellungsverfahren kommen, das Stadtrat Rausch in der Sitzung des Bau-Ausschusses im September 2008 angekündigt hatte?
8. Wann ist mit einem entsprechenden Bauleitverfahren zu rechnen und welches Verfahren wird gewählt?
9. Wann wurde eine FFH-Verträglichkeitsprüfung eingeleitet?
10. Wie lauten die Ergebnisse des Zwischenberichtes der FFH-Verträglichkeitsprüfung und die Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde dazu?
11. Wann wird voraussichtlich die Genehmigung der Ausbauplanung durch die Stadtverordnetenversammlung eingeholt, wie es von ihr am 13. 12. 2007 beschlossen worden ist?
12. In dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Haushaltsplan 2010 war unter der Investitions-Nr. 662009023 ‚Sanierung der Philosophenstraße‘ im Finanzplan 2011 der Betrag von 15 000 Euro und im Finanzplan 2012 der Betrag von 250 000 Euro zu finden. In der ausgedruckten Fassung des Haushaltsplan 2010 ist das geändert: nun ist im Finanzplan von 2011 der Betrag von 265 000 Euro eingestellt.
 - a) Wer hat diese Änderung im schon beschlossenen Haushaltsplan 2010 veranlasst?
 - b) Welche Notwendigkeit bestand für diese Änderung?
 - c) Beinhalten die eingestellten 265 000 Euro die gesamten Planungs- und Ausführungskosten?
 - d) Können Zuschüsse für den Ausbau der Philosophenstraße beantragt werden?“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**15. Offenlegung der Kosten für die Landesgartenschau STV/2952/2010
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 01.03.2010 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, erstmals im Mai 2010 und in der Folge halbjährlich einen Bericht über die jeweils angefallenen Kosten der geplanten Landesgartenschau zu geben. In diesem Zusammenhang sind die bisherigen Ausgaben und zur korrekten Verrechnung die Zuschüsse des Landes einzubeziehen.“

Stv. Koch-Michel, BLG, schlägt vor, den Antrag wie folgt zu ändern:

„Der Magistrat wird gebeten, erstmals im Mai 2010, und in der Folge halbjährlich, folgenden Bericht abzugeben: Die Darstellung über die bisher angefallenen Planungs- und Ausführungskosten, die Darstellung aller vertraglichen Zulagen und Zuschüsse (des Landes und sonstigen Zuschüsse). Vor allem wird der Magistrat gebeten zu berichten, in welchen Bereichen Folgekosten erwartet werden und einen Prognose über die Höhe der Folgekosten abzugeben.“

Stv. Beltz übernimmt die vorgeschlagene Änderung für die antragstellende Fraktion.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich führt aus, die Kämmerei lege grundsätzlich Folgekostenberechnungen vor. Wenn sich herausstelle, dass sich eine Maßnahme nicht umsetzen lasse, werde sie dem Ausschuss natürlich entsprechend berichten.

Beratungsergebnis:

Geändert mehrheitlich zugestimmt (Ja: 2 CDU/SPD/GR/LINKE/FDP; Nein: 3 CDU).

16. Verschiedenes

Die **Vorsitzende** gibt bekannt, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am 27.04.2004, 19:00 Uhr stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) K ü s t e r

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) B e n z